

Virtuelle Gesprächsrunden zur Erweiterung der Deutschlandkarte der Demokratie

Der Weimarer Republik e.V. hat im Rahmen seines BKM-Projektes „Deutschlandkarte der Demokratie“ am 24./25. Juni 2021 zu zwei virtuellen Gesprächsrunden eingeladen.

An den beiden Tagen haben sich 20 respektive 17 GesprächsteilnehmerInnen in einem virtuellen Konferenzraum eingefunden, um über Perspektiven für die Entwicklung der Deutschlandkarte zu diskutieren. Am Donnerstag lag der Fokus auf Orten des Widerstands und der Repression in der Demokratiegeschichte; am Freitag konzentrierten sich die Impulsvorträge auf die Verortung politischer Organisationen in der Demokratiegeschichte.

Die Gesprächsrunden wurden kontrovers geführt. In den unterschiedlichen Meinungen deuteten sich aber auch gemeinsame große Linien an: Im Umgang mit den Orten des Widerstands und der Repression tendierten die TeilnehmerInnen dazu, eher selektiv vorzugehen und nur solche Orte in die Deutschlandkarte aufzunehmen, an denen sich überzeugende demokratiegeschichtliche Narrative etabliert haben und vermittelt werden. Im Umgang mit der Erinnerung an politische Organisationen ergab die Diskussion ein klares Plädoyer für die Aufnahme einer großen Zahl an Ereignis- und Erinnerungsorten, mit denen Demokratiegeschichte vor Ort erfahrbar und begreifbar gemacht werden kann.

Den Anfang der Impulsvorträge machte **Johannes Tuchel**, Leiter der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand, mit konzeptionellen Überlegungen. Unter dem Titel **„Orte der Demokratiegeschichte, Orte des Widerstands und Orte der Repression – Gemeinsamkeiten und Unterschiede“** ging Tuchel auf die große zeitliche und thematische Bandbreite historischer Erinnerungsorte ein. Viele dieser Orte stehen im Spannungsfeld epochen- oder themenübergreifender Erinnerungsschichten, so Tuchel. Wie stehen die einzelnen Themen zu- oder nebeneinander? Welche Möglichkeiten gibt es, auch an Orten des Widerstands oder der Repression Themen der Demokratiegeschichte einzubeziehen? Welche Kriterien können bei der Klärung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden hilfreich sein?

Tuchel betonte die Notwendigkeit einer konzeptionellen Schärfe. Je deutlicher ein bestimmter Ort mit der Demokratiegeschichte verknüpft sei und je klarer der lokale Bezug, umso größer sei die Aufmerksamkeit, die diesem zuteilwürde. Dabei wies er auf die Bedeutung unterschiedlicher Narrative hin und mahnte zur Vorsicht beim Umgang mit Orten des Widerstands und der Repression in der Demokratiegeschichte. Bei diesen stünde in aller Regel die Erinnerung an das Unrecht und an den Widerstand im Zentrum. Erst wenn sich an einem Ort neben den Narrativen von Unrecht und Widerstand „gegen“ dieses Unrecht auch ein Narrativ eines positiven Einsatzes für demokratische Strukturen und Freiheiten etabliert habe, könne dieser auch zu einem Ort der Demokratiegeschichte werden.

In der Diskussion fragten mehrere Wortbeiträge nach der Anwendung von Tuchels Kriterien an konkreten Beispielen, etwa an Orten des Widerstands von Zwangsarbeitern oder an Konzentrationslagern. Ebenfalls hinterfragt wurde der anzulegende Demokratiebegriff, dessen sich ein demokratiegeschichtliches Narrativ bedienen sollte. Hier riet Tuchel klar dazu, Menschen an den jeweiligen Orten stets als Protagonisten zu betrachten und niemals als Opfer und deren Aktivitäten in ihrem Kontext und vor dem historischen Erfahrungshorizont zu bewerten.

Die weiteren Impulse griffen Tuchels konzeptionelle Gedanken auf. Zum Teil hinterfragten sie, wie sinnvoll die Forderung nach konzeptioneller Schärfe bei der Abgrenzung sei, welche Orte zur Demokratiegeschichte zählen könnten und welche nicht. Sie zeigten aber auch klar auf, wie an unterschiedlichen Orten der Repression und des Widerstandes Narrative des Einsatzes für Demokratie vermittelt werden.

Franziska Dunkel, Mitarbeiterin im Haus der Geschichte Baden-Württemberg und Kuratorin der Dauerausstellung Hohenasperg stellte das **Museum Hohenasperg als Ort der Demokratiegeschichte** vor. Die nördlich von Stuttgart gelegene Festung Hohenasperg galt schon im 19. Jahrhundert als „Demokratenbuckel“. Denn hier wurden Gegner der Monarchie zur Zeit des Vormärz und während der Revolution von 1848/49 inhaftiert. Sicher kann nur ein kleiner Teil der Häftlinge als politisch gekennzeichnet werden. Und nicht alle politischen Häftlinge waren wegen ihres Einsatzes für Demokratie eingesperrt worden (allerdings steigt deren Zahl wenn man auch den Einsatz für wichtige demokratische Freiheiten durch Liberale mit einbezieht). Aber bereits im Vormärz begann die Haft auf dem Hohenasperg sich von einem Symbol absolutistischer Willkür zu einem Ehrenzeugnis für aufrechte Demokraten zu wandeln. Das Museum rückt das demokratiegeschichtliche Narrativ ins Zentrum der Aufmerksamkeit, indem anhand von Häftlings-Biographien dargestellt wird, welche Aktivitäten dazu geführt haben, dass Menschen ins Visier der absolutistischen Unterdrückung gekommen sind.

Ganz ähnlich die Vorstellungen der revolutionären Transformationen, wegen derer die Erfurter Andreasstraße und die Potsdamer Lindenstraße als *Orte der Unterdrückung und der Befreiung* erscheinen. **Jochen Voit**, Leiter der Gedenkstätte Andreasstraße und Kurator der Dauerausstellung, präsentierte das ehemalige Gefängnis in Erfurt als vielschichtigen Ort und stellte bewusst diese Vielschichtigkeit als positive Eigenschaft und Standortvorteil gegen die von Tuchel geforderte Eindeutigkeit.

Die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße befindet sich im ehemaligen Gefängnis am Erfurter Domplatz. Das Haus erinnert sowohl an die früheren politischen Häftlinge als auch an die mutigen Menschen, die hier 1989 die erste Besetzung einer Stasi-Zentrale wagten. Heute lässt sich in der Andreasstraße Thüringens umfassendste Ausstellung zur SED-Diktatur besichtigen und der Kubus der Friedlichen Revolution mit seiner beeindruckenden Comic-Fassade. Das Museum am historischen Ort erinnert an Menschen, die angeeckt sind. Die Geschichte von Willkür und Unterdrückung ist ein wichtiger Bestandteil des historischen Ortes, die aber in der Friedlichen Revolution von 1989 durch die

spontane Besetzung des Gefängnisses und die Sicherung der Stasi-Akten durch die Bürgerinnen und Bürger überlagert worden ist.

Ganz ähnlich die Geschichte in Potsdam, die **Maria Schultz**, Leiterin der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam, Historikerin und Kuratorin, präsentierte. Die Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße steht für die Geschichte politischer Verfolgung in den unterschiedlichen Diktaturen des 20. Jh. in Deutschland – aber auch für den Sieg der Demokratie in der Friedlichen Revolution. Im einstigen Gerichts- und Gefängniskomplex führt eine Ausstellung durch die zeitlichen Epochen und stellt Menschen vor, die an diesem Ort inhaftiert und verurteilt wurden oder 1989/90 dazu beitrugen, die SED-Diktatur zu überwinden. In der Lindenstraße tagte ab 1808 die erste Stadtverordnetenversammlung von Potsdam, so dass die Geschichte des Ortes eigentlich als Demokratiegeschichte beginnt. Zum Gefängnis wurde es erst im 20. Jahrhundert umgebaut, und zum Ort der Unterdrückung als Untersuchungsgefängnis während der Zeit des Nationalsozialismus und in der DDR. Doch auch in Potsdam überlagerte die Besetzung des Stasi-Gefängnisses und die Sicherung der Akten durch Bürgerinnen und Bürger die Unterdrückungsgeschichte. Dazu kommt noch, dass auch die ersten freien Kommunalwahlen 1990 von der Lindenstraße aus organisiert wurden.

In den konkreten Beispielen zeigt sich die Vielschichtigkeit der Erinnerung an Orten, an denen komplexe Transformationsprozesse stattgefunden haben. Die Impulsvorträge haben verschiedene Möglichkeiten angeboten, wie diese Erinnerung mit individuellen Geschichten oder mit Mitteln der Verdichtung und Fiktionalisierung vermittelt werden kann.

Am Freitag standen politische Organisationen im Zentrum der Aufmerksamkeit. **Philipp Erbenraut**, Politikwissenschaftler an der Goethe-Universität Frankfurt, machte den Auftakt mit Überlegungen zu den Anfängen demokratischer Organisation in Deutschland im Vormärz und in der Revolution von 1848/49. Lange wurde in der Forschung die Meinung vertreten, es habe im deutschen Vormärz und in der Revolution von 1848/49 noch keine Parteien in Deutschland gegeben, jedenfalls nicht als fest organisierte Gruppen, allenfalls als lose Gesinnungsgemeinschaften. Tatsächlich kann es heute aber nicht mehr überzeugen, den Beginn politischer Organisation in Deutschland erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzen zu lassen. Wer die Bedeutung von Parteien, Vereinen und Fraktionen im Vormärz und deren hohen Organisationsgrad nicht zur Kenntnis nimmt, verstellt sich jedoch den Blick auf die tatsächlichen Anfänge der deutschen Demokratiegeschichte vor 1848. Vor allem im süddeutschen Frühparlamentarismus, im Vereinswesen und im Umfeld der Fraktionen der Frankfurter Paulskirche könnte man Orte finden, an denen die Erinnerung an die Demokratiegeschichte kristallisiert.

Kerstin Wolff vom Archiv der deutschen Frauenbewegung stellte den Casseler Frauenbildungsverein (CFBV) als Ort der Demokratiegeschichte vor. 1869 als Ortsverein des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins gegründet, steht der CFBV für eine Entwicklung, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein immer dichter werdendes Frauenbildungsnetzwerk über das Deutsche Reich spannte. Angestoßen

und umgesetzt wurde von diesen Bildungsvereinen u.a. eine Bildungsexpansion, die langfristig sowohl die Reformen der Mädchenschulen als auch die Öffnung der Universitäten für Frauen ermöglichte. Partizipation an und dank Bildung ist ein wichtiger Baustein der Demokratie, so dass mit Recht der CFBV stellvertretend für viele Frauenbildungsvereine als ein Ort der Demokratiegeschichte gelten kann. Wie aber daran erinnern, wenn ein steinernes Zeugnis fehlt? Wie an Ideen, Organisationen und Bewegungen gedenken, die viel erreicht haben, aber nicht mehr existent sind? In diesem Zusammenhang traf die Unterscheidung zwischen Ereignisorten und Erinnerungsorten auf große Zustimmung.

Stefan Heinz vom Projekt „Demokratische Massenorganisationen in der Weimarer Republik“ der Gedenkstätte Deutscher Widerstand stellte Möglichkeiten und Perspektiven der Erinnerung an das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ vor. Die größte demokratische Organisation der Weimarer Republik wurde im Februar 1924 als parteiübergreifende Organisation zum Schutz der Weimarer Republik gegründet. Der einzigartige „Republiksschutzbund“ ist jedoch bis heute in der öffentlichen Erinnerungskultur wenig bekannt. Heinz gab den TeilnehmerInnen Einblicke in das Schaudepot zur Geschichte des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand als einen möglichen Erinnerungsort. Darüber hinaus stellte er Überlegungen vor, wie Plaketten, Tafeln und Stelen dazu genutzt werden könnten, die künftige Erinnerung an bedeutende Ereignisse und Organisationen nicht nur der Weimarer Demokratiegeschichte stärker öffentlich zu verankern.

Volker Stalmann von der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien stellte seine Überlegungen zu Erinnerungsorten für die deutschen Parteien nach 1945 vor. Stalmann erhielt viel Zustimmung für seine Vorschläge zur Aufnahme von Gründungs- und Versammlungsorten, bedeutenden Wahlkampfveranstaltungen und Parteizentralen in die Deutschlandkarte. Seine weitergehenden Vorschläge zur Aufnahme von Orten der medialen Vermittlung und der Demoskopie trafen jedoch auf eine gemischte Resonanz, der Vorschlag auch über die Erinnerung an die Gegner der Demokratie nachzudenken, fand schließlich keine Zustimmung. Auch wenn aus einer wissenschaftlichen Perspektive die Gegner der Demokratie ein integraler Bestandteil der Demokratiegeschichte sind, so waren sich doch alle TeilnehmerInnen einig, dass dies in einem Projekt der historisch-politischen Bildung so nicht vermittelbar sei.

Die Gesprächsrunden wurden gefördert aus Mitteln von: